

Postulat über Alternativen zu Konkordaten

eröffnet am 16. März 2010

Die Regierung wird aufgefordert, Alternativen zu Konkordaten vor allem im Bildungsbereich (Trägerschaft von Bildungsinstitutionen) zu prüfen. Dabei haben neue Kooperationsformen (z.B. Leistungsaufträge) die Qualität der «eingekauften» Leistungen und die politische Mitwirkung wirksam und sachgerecht sicherzustellen.

Begründung:

Die Konkordate über Bildungsinstitutionen erweisen sich zunehmend als (zu) träge Rechtskonstruktionen. Sie gewährleisten zwar die politische Mitwirkung, ohne dabei jedoch sachgerecht den betrieblichen Erfordernissen oder den Bedürfnissen des Bildungsmarktes (Studierende, Wirtschaft, NGO, Staat usw.) nachzukommen.

Der Kanton Luzern trägt in den Konkordaten eine hohe finanzielle Last (z.B. 60% der FHZ), ohne entsprechende Entscheidungskompetenzen. Die Regierung wird eingeladen, neue Formen zum Betrieb qualitativ hochstehender Bildungsinstitutionen zu prüfen. Dabei sollen wirksame politische Mitwirkungsrechte der kantonalen Parlamente (Strategie, Finanzen, Aufsicht) gewährleistet sein.

Die Suche nach Alternativen zu den Konkordaten im Bildungsbereich ist motiviert von der Sorge um eine zeit- und sachgerechte Organisation sowie eine solide politische Abstützung für die wichtigen tertiären Bildungsinstitutionen.

Im Vorfeld der parlamentarischen Beratung des Entlastungspakets 2010 kam es zu einer ungewohnten Einflussnahme der Fraktionschefs aus anderen Kantonen. Diese Aktion kann als Illustration für eine Unzufriedenheit oder auch als eine Art Aufforderung zur Überprüfung der politischen Mechanismen in Konkordaten gesehen werden. Insgesamt also der richtige Zeitpunkt für eine Auslegeordnung über echte, realistische Alternativen zu den laufenden Konkordaten.

Schmid Bruno
Vitali Albert
Müller Guido